

Bedenkliche Häufung von Krebserkrankungen?

Offener Brief: Bützflether Bürgerinitiative fordert unabhängige wissenschaftliche Untersuchung

jd. Stade- Bützfleth. Die Nähe zur Industrie bereitet vielen Bützflether Bürgern Sorgen. Sie machen sich schon jetzt Gedanken um ihre Gesundheit aufgrund der Emissionen, die Unternehmen wie AOS verursachen. Zusätzliche gesundheitliche Risiken würde die Inbetriebnahme der geplanten Müllverbrennungsanlage mit sich bringen, meint Jochen Witt, Sprecher der „Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Industrie“. Die BI, die die Fertigstellung der Anlage verhindern will, kritisiert die schon jetzt vorhandene Luftverschmutzung durch die bestehenden Betriebe und macht auf die nach ihrer Ansicht hohe Zahl an Krebserkrankungen aufmerksam, ohne dabei auf mögliche Zusammenhänge einzugehen.

„Wir registrieren die Vielzahl



Ein Protestplakat der Gegner der Müllverbrennungsanlage Foto: Witt/Archiv

der Krebserkrankungen in unserem Bekanntenkreis innerhalb der Ortschaft Bützfleth. Jeder von uns kennt jemanden, der an Krebs erkrankt oder schon an Krebs gestorben ist“, heißt es in einem Offenen Brief, den die BI jetzt an das

Land, den Landkreis und die Stadt geschickt hat. Das sei natürlich ein subjektives Empfinden. Um den Bützflethern und den Verantwortlichen in den Behörden Gewissheit zu geben, müsse nach den Ursachen gesucht werden. Daher will

die BI erreichen, dass die Fälle von Krebserkrankungen mit samt Todesfällen kleinflächig gesammelt und ausgewertet werden.

„Wir fordern eine wissenschaftliche Untersuchung unter Einbeziehung vorhandener und neuer Daten“, erklärt BI-Sprecher Witt. Geklärt werden müsse, inwieweit sich die Krebshäufigkeit in Stade und seinen Ortsteilen im statistischen Durchschnitt bewege und ob es Unterschiede zwischen den industrienahe und industriefernen Wohngebieten in Stade gebe.

Witt verweist in diesem Zusammenhang auf zwei Anfragen von der damaligen Landtagsabgeordneten Petra Tiemann (SPD) und der Grünen-Landespolitikerin Petra Viehoff aus den Jahren 2016 und 2018.

2016 hatte die Landesregierung mitgeteilt, dass es in der Stadt Stade in der Vergangenheit eine signifikante Häufung von Todesfällen aufgrund von Krebserkrankungen gegeben habe. In Stade seien im Zeitraum 2006 bis 2008 zwölf Prozent mehr Menschen an Krebs gestorben als im landesweiten Durchschnitt.

Auch in der Antwort der Landesregierung auf die Viehoff-Anfrage von 2018 heißt es, dass die Krebsmortalität insgesamt für die Stadt Stade auffällig erhöht gewesen sei. Das sei bedenklich, so Witt. Allerdings relativiert die Landesregierung diese Feststellung mit dem Hinweis, dass die Zahl der Neuerkrankungen an Krebs statistisch gesehen unauffällig sei. „Solche Aussagen überzeugen uns nicht“, erklärt der BI-Sprecher. Sein Fazit: „Die Antwort der Landesregierung ist unbefriedigend.“